

Rückgang der Nebenerwerbstätigkeit durch Einführung der Sozialversicherungspflicht wird überschätzt	661
Zur materiellen Lage der Senioren in West- und Ostdeutschland	667
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/99

Berlin

3 Ex

16. September 1999

66. Jahrgang

Rückgang der Nebenerwerbstätigkeit durch Einführung der Sozialversicherungspflicht wird überschätzt

Mit der Einführung der Sozialversicherungspflicht für nebenberufliche 630-Mark-Jobs sind die Nettoeinkommen aus solchen Beschäftigungen deutlich gesunken, was ein geringeres Arbeitsangebot in diesem Bereich nach sich ziehen könnte. Viele Dienstleistungsbetriebe befürchten deshalb, daß sie kaum noch Mitarbeiter für kurzfristige und geringfügige Tätigkeiten finden. Verlässliche statistische Angaben über die Reaktionen der Beschäftigten auf die Einführung der Sozialversicherungspflicht liegen noch nicht vor. Aus den zur Verfügung stehenden Informationen kann man aber ableiten, daß viele Nebenerwerbstätige auf das Zusatzeinkommen kaum verzichten können, da es ein wesentlicher Bestandteil ihres insgesamt verfügbaren Einkommens ist. Sie werden die Nebentätigkeit trotz geringerer Nettoeinkommen beibehalten oder sogar ausweiten wollen. Dies wird nur zum Teil in Form von Schwarzarbeit möglich sein. Die Alternative — bezahlte Überstunden im Hauptberuf — steht vielen Beschäftigten nicht offen, und der Ausgleich von Überstunden durch Freizeit verstärkt eher noch die Anreize, nebenerwerbstätig zu werden. Eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitszeitumfangs mit der Möglichkeit, die gewünschte Arbeitszeit besser als heute realisieren zu können, würde dagegen zu einem Rückgang der zweiten Jobs führen.

Nach den repräsentativen Befragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hatten im Frühjahr 1997 9 % aller Erwerbstätigen eine zweite Beschäftigung, hochgerechnet waren das gut 2,9 Millionen Personen (Tabelle 1). Im Vergleich zu 1995 hat sich der Umfang der Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland kaum verändert.¹ Nach wie vor ist Nebenerwerbstätigkeit aber in den alten Bundesländern deutlich häufiger zu beobachten als in den neuen Bundesländern.

Nicht alle der mit dem SOEP erfaßten Nebentätigen sind geringfügig Erwerbstätige im Sinne der 630-DM-Regelung. Erfaßt sind auch die Erwerbstätigen, die einen zweiten Job — entweder als Selbständige oder im Graubereich zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung — ausüben. Geringfügig beschäftigt im engeren Sinn ist schätzungsweise die Hälfte von ihnen. Die übrigen hier

erfaßten Nebenerwerbstätigen würden bei strenger Auslegung der Regelungen freilich auch entweder geringfügig beschäftigt sein oder unter den Anwendungsbereich des Gesetzes gegen die Scheinselbständigkeit fallen.

Knapp die Hälfte der Nebenerwerbstätigen gab an, diese Tätigkeit regelmäßig auszuüben, 38 % waren nur gelegentlich nebentätig, und 14 % waren als mithelfende Angehörige im Familienbetrieb tätig.

Im Durchschnitt werden in der Nebenerwerbstätigkeit gut 6 Stunden wöchentlich gearbeitet (Tabelle 2). Regelmäßig Nebentätige arbeiten mit rund 7 Stunden mehr als gelegentlich Nebentätige mit knapp 5 Stunden.

¹ Vgl. hierzu: Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland nimmt zu — Zur Frage der Versicherungspflicht. Bearb.: Johannes Schwarze. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 22/97, S. 406-412.

Reaktionen auf die Sozialversicherungspflicht

Die seit dem 1. April 1999 gültige Regelung für geringfügige Beschäftigung sieht für geringfügig Nebentätige folgende Regelung vor: Wenn der Arbeitnehmer im Hauptberuf sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, wird auch das Einkommen aus einer geringfügigen Nebenbeschäftigung voll in die Beitragspflicht einbezogen. Wird beispielsweise im Hauptberuf ein Bruttoeinkommen von monatlich 5 000 DM erzielt und in einem Nebenjob zusätzlich 630 DM, dann sind für das gesamte Arbeitseinkommen von 5 630 DM Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Im Vergleich zur früheren Regelung führt dies zu einem um etwa 130 DM geringeren Nettoeinkommen. Für die Besteuerung des Einkommens aus geringfügiger Beschäftigung haben sich keine Änderungen ergeben: Die geringfügig Nebentätigen können weiterhin die Möglichkeit der Pauschalbesteuerung durch den Arbeitgeber nutzen oder das Einkommen selbst versteuern.² Das geringere Nettoeinkommen aus der Zweitbeschäftigung kann das Interesse der Erwerbstätigen an diesen Tätigkeiten schmälern, und erste Meldungen aus den Verbänden der Dienstleistungsbranchen deuten an, daß die Beschäftigung im Bereich der geringfügigen Erwerbstätigkeit tatsächlich zurückgehen könnte.

Entscheidend dafür ist, wie elastisch das Arbeitsangebot bei Nebenjobs insgesamt auf Nettolohnänderungen reagiert und welche Ausweichmöglichkeiten den Erwerbstätigen zur Verfügung stehen.³

Tabelle 1

Nebenerwerbstätige in Deutschland 1997 in % aller Erwerbstätigen

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Deutschland
Nebenerwerbstätige insgesamt	9,5	6,9	9,0
Frauen	10,0	5,4	9,1
Männer	9,1	8,2	8,9
Arbeiter	7,8	4,2	7,0
Angestellte	9,8	8,8	9,7
Beamte	11,5	15,9	11,9
Selbständige	7,7	3,8	7,0
in 1 000 Personen	2 504	432	2 936
davon (in %)			
regelmäßige Nebentätigkeit	47,8	44,2	47,3
gelegentliche Nebentätigkeit	37,0	46,9	38,4
mithelfend im Familienbetrieb	15,2	8,9	14,3

Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.

Tabelle 2

Wöchentliche Arbeitszeit in der Nebenerwerbstätigkeit 1997 in Stunden

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Deutschland
Nebenerwerbstätige insgesamt	6,1	6,3	6,1
Regelmäßig Nebentätige	6,9	6,7	6,9
Gelegentlich Nebentätige	4,5	6,3	4,8
Mithelfend Nebentätige	7,2	4,7	6,9
Frauen	5,6	6,2	5,6
Männer	6,4	6,4	6,4
Arbeiter	6,9	(8,6)	7,1
Angestellte	5,2	5,6	5,3
Beamte	7,3	(4,6)	6,9
Selbständige	(8,4)	(5,3)	8,1

() Angabe beruht auf weniger als 30 Beobachtungen in der Stichprobe.
Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.

Grundsätzlich hat der einzelne verschiedene Möglichkeiten. Er kann

- auf das bisherige Zusatzeinkommen vollständig verzichten und die Nebenerwerbstätigkeit aufgeben;
- die Nebenerwerbstätigkeit bei geringerem Nettoeinkommen weiterhin ausüben;
- die Tätigkeit ausweiten, um das bisherige Nettoeinkommen zu halten;
- in die Schwarzarbeit abwandern, was allerdings voraussetzt, daß auch der Arbeitgeber dazu bereit ist;
- ferner die Arbeitszeit im Hauptberuf ausweiten, entweder durch Vereinbarung einer höheren Arbeitszeit oder durch bezahlte Überstunden.

Da Einkommen aus dem Haupt- und dem Nebenjob nach der neuen Regelung etwa mit gleichen Abgaben belastet sind, ist die Ausweitung der Arbeitszeit im Hauptberuf dann attraktiv, wenn dort eine höhere Bruttoentlohnung als im Nebenjob erzielt werden kann.

Fraglich ist aber, ob eine Ausweitung der Arbeitszeit im Hauptberuf überhaupt möglich ist. Die Beschränkung der

² Die pauschale, durch den Arbeitgeber entrichtete Steuer wird gleichwohl zum größten Teil auf die Beschäftigten überwält. Vgl. dazu: Johannes Schwarze, Wer trägt die pauschale Lohnsteuer bei geringfügiger Beschäftigung? Eine Analyse der Stundenlöhne erwerbstätiger Frauen. In: H. P. Galler und G. Wagner (Hg.): Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung, Frankfurt/New York, S. 215–225.

³ Die Abgabenbelastung steigt auch für die Unternehmen. Die Unternehmerverbände betonen aber in der Diskussion vor allem den Aspekt, daß das Arbeitsangebot im Bereich der geringfügigen Beschäftigung zurückgeht.

Arbeitszeit im Hauptberuf ist die klassische ökonomische Erklärung für die Existenz von zweiten Jobs.⁴ Sie bedeutet, daß die Erwerbstätigen nicht die Arbeitszeit wählen können, die ihren Präferenzen entspricht. Wer einen Nebenjob ausübt, zeigt damit, daß er entweder mit der Arbeitszeit und/oder den Arbeitsbedingungen im ersten Job unzufrieden ist. Er wird deshalb den Nebenjob nicht ohne weiteres aufgeben.

Sinkt nun durch die Einführung der Sozialversicherungspflicht der Nettolohn in der zweiten Erwerbstätigkeit, sind die Reaktionen im Hinblick auf die Arbeitszeit keineswegs sicher. Zwar wird die Freizeit jetzt relativ wertvoller, was zur Einschränkung oder gar Aufgabe des zweiten Jobs führen kann (Substitutionseffekt der Nettolohnsenkung). Soll jedoch das Einkommen und damit der Lebensstandard gehalten werden, könnte sogar eine Ausweitung der Nebenjobs die Folge sein (Einkommenseffekt).

Die Reaktionen der Nebenerwerbstätigen auf die Einführung der Sozialversicherungspflicht sind also nicht eindeutig prognostizierbar. Sie werden zum einen von der Höhe des Einkommens aus der Nebenerwerbstätigkeit und dem Beitrag dieses Einkommens zum Lebensunterhalt bestimmt. Zum anderen sind die Arbeitszeitregelungen in der Haupterwerbstätigkeit entscheidend, bestimmen sie doch weitgehend die Kompensationsmöglichkeiten, wenn das Einkommensniveau gehalten werden soll.

Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit

Das monatliche Bruttoeinkommen aus Nebenerwerbstätigkeit betrug 1997 in den alten Bundesländern im Durchschnitt 819 DM (Tabelle 3). Das Einkommen von

Tabelle 3
Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland 1997
nach dem Bruttomonatsverdienst
Anteil in % aller Nebenerwerbstätigen

Bruttoverdienst	Frauen	Männer	Gesamt
Alte Bundesländer			
bis 300 DM	48,0	38,9	43,1
300 bis 630 DM	37,3	32,8	34,9
mehr als 630 DM	(14,7)	28,3	22,1
Durchschnittsverdienst in DM	541	1053	819
Neue Bundesländer			
bis 300 DM	(53,2)	(40,0)	44,7
300 bis 630 DM	(29,0)	(40,7)	36,5
mehr als 630 DM	(17,8)	(19,3)	(18,8)
Durchschnittsverdienst in DM	493	477	483
() Angabe beruht auf weniger als 30 Beobachtungen in der Stichprobe.			
Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.			

Tabelle 4

Anteil des Verdienstes aus Nebentätigkeit
am verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen 1997
Anteil in % aller Nebenerwerbstätigen

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Deutschland
bis 10%	52,6	49,5	52,1
10 bis 20%	25,5	(18,3)	24,5
20 bis 30%	14,8	(24,3)	16,2
mehr als 30%	(7,1)	(7,9)	(7,2)
Insgesamt	100	100	100
Durchschnittlicher Anteil	12,8	13,7	12,9
() Angabe beruht auf weniger als 30 Beobachtungen in der Stichprobe.			
Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.			

Männern war mit 1 050 DM fast doppelt so hoch wie das von Frauen. Gut ein Fünftel aller Nebenerwerbstätigen bezog ein Einkommen, das über der Geringfügigkeitsgrenze von 630 DM lag. Auch Nebentätigkeiten mit einem Einkommen von über 630 DM konnten nach der bisherigen Regelung geringfügige Beschäftigungen sein. Für geringfügig Beschäftigte in einer Zweiterwerbstätigkeit erhöhte sich die Einkommensgrenze von 630 DM (nach der alten Regelung), da das nicht versicherungspflichtige Arbeitsentgelt in der (geringfügigen) Zweiterwerbstätigkeit bis zu einem Sechstel des Gesamteinkommens betragen durfte. Damit nahm die sozialversicherungsfreie Nebenverdienstmöglichkeit mit steigendem Einkommen in der Haupterwerbstätigkeit zu.

Insbesondere Frauen beziehen häufig nur sehr geringe Einkommen aus einer Nebenerwerbstätigkeit. Fast 50 % der Nebenerwerbseinkommen erreichten hier 1997 einen Betrag von höchstens 300 DM im Monat.

In den neuen Bundesländern war das durchschnittliche Nebenerwerbseinkommen mit knapp 500 DM deutlich geringer als in den alten; zwischen Frauen und Männern gab es kaum Unterschiede.

Das Einkommen aus dem Nebenjob trug 1997 im Durchschnitt fast 13 % zum verfügbaren monatlichen Pro-Kopf-Haushaltseinkommen der Nebenerwerbstätigen bei (Tabelle 4).⁵ Für etwa die Hälfte der Nebenerwerbstätigen war der Beitrag zum Haushaltseinkommen mit weniger als 10 % jedoch eher gering. Hier könnte die

⁴ Vgl. dazu: Johannes Schwarze, Determinanten der Mehrfachbeschäftigung. In: Konjunkturpolitik, (37), 1991, S. 87–113.

⁵ Das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen setzt sich wie folgt zusammen: Nettoeinkommen aus Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, andere staatliche Transferzahlungen und Nettokapitaleinkommen.

Einführung der Sozialversicherungspflicht tatsächlich zur Aufgabe des Nebenjobs führen, da der Einkommensverlust — bezogen auf das Gesamteinkommen — nicht gravierend ist. Für ein Viertel der Nebenerwerbstätigen machten die Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit immerhin schon 10 bis 20 % des Haushaltseinkommens aus, und ein weiteres Viertel bezog sogar mehr als ein Fünftel des verfügbaren Einkommens aus dem Nebenjob. Wenn die Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit so deutlich zum Lebensunterhalt beisteuern, scheint die völlige Aufgabe dieser Tätigkeiten infolge der Einführung der Sozialversicherungspflicht fraglich. Statt dessen ist hier eher mit einer Ausweitung der Arbeitszeit im Nebenjob oder in der Haupterwerbstätigkeit zu rechnen.

Nebenerwerbstätigkeit ist nicht ausschließlich ein Phänomen unterer Einkommensgruppen. Tabelle 5 zeigt in den beiden ersten Spalten die Verteilung der verfügbaren Pro-Kopf-Haushaltseinkommen in den alten Bundesländern, die zu beobachten wäre, wenn es keine Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit gäbe. Danach würde in den alten Bundesländern das „ärmste“ Fünftel der Bevölkerung über 8,2 % des gesamten Einkommens verfügen, während auf das „reichste“ Fünftel 37,3 % entfielen. Wenn nun Nebenerwerbstätigkeit tatsächlich ein für das Leben notwendiges Zusatzeinkommen darstellt, dann müßten im unteren Quintil der Einkommen (ohne Nebeneinkommen) besonders viele der Nebenerwerbstätigen zu beobachten sein. Es zeigt sich aber, daß sich die Nebenerwerbstätigen fast gleichmäßig auf die Einkommensquintile verteilen. Nebenerwerbstätigkeit scheint also relativ unabhängig von den sonstigen Einkommensmöglichkeiten zu sein.

Allerdings gelingt es vielen Nebenerwerbstätigen, sich durch ihre Tätigkeit in der Einkommensposition zu verbessern. Die beiden letzten Spalten der Tabelle 5 beziehen sich auf das Haushaltseinkommen einschließlich der Ne-

beneinkommen. Zunächst zeigt sich, daß die Ungleichheit der Einkommen durch Nebenerwerbstätigkeit — verglichen mit der Verteilung ohne Berücksichtigung von Einkommen aus Nebenerwerbstätigkeit — größer wird. Während in den alten Bundesländern der Anteil am Gesamteinkommen, über den das „ärmste“ Fünftel der Bevölkerung 1997 verfügen konnte, von 8,2 % auf 7,9 % fällt, steigt der Anteil für das reichste Fünftel von 37,3 % auf 38,2 %. Nebenerwerbstätige finden sich jetzt vor allem im oberen Quintil. Im unteren Einkommensquintil befinden sich nun nur noch 17,5 % der Nebentätigen, im Vergleich zu fast 22,5 %, wenn das Haushaltseinkommen ohne die Einkommen aus Nebentätigkeit betrachtet wird. Demnach haben 5 % der Nebentätigen, die sich ohne diese Tätigkeit im unteren Einkommensquintil befinden würden, ihre relative Einkommensposition verbessert. Dies zeigt auch eine Betrachtung des oberen Quintils, in dem jetzt fast 27 % der Nebentätigen zu finden sind.

Arbeitszeitregelungen in der Haupterwerbstätigkeit

Im SOEP wird nicht nur die tatsächliche, sondern auch die gewünschte Arbeitszeit im Hauptberuf erfragt. Tabelle 6 zeigt, daß nur für rund ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutschland die tatsächliche mit der gewünschten Arbeitszeit übereinstimmt. Ein weiteres Fünftel von ihnen kann als „einkommenspräferent“ bezeichnet werden, da sie in ihrer Haupttätigkeit gerne mehr arbeiten würden.⁶ Fast 60 % der Erwerbstätigen haben den Wunsch, weniger zu arbeiten. Die Beschränkungen, mit denen die Erwerbstätigen bei der Wahl ihrer Arbeitszeit konfrontiert sind, haben einen deutlichen Einfluß auf das Angebot von

⁶ Bei der Frage zur gewünschten Arbeitszeit wurde explizit darauf hingewiesen, daß die Variation der Arbeitszeit mit entsprechenden Einkommensänderungen einhergeht.

Tabelle 5

**Pro-Kopf-Haushaltseinkommen ohne und mit Verdienst
in der Nebenerwerbstätigkeit in den alten Bundesländern 1997**

Einkommens- quintile	Haushaltseinkommen ohne Einkommen aus Nebentätigkeit		Haushaltseinkommen mit Einkommen aus Nebentätigkeit	
	Anteil am Gesamt- einkommen in %	Anteil der Neben- erwerbstätigen in %	Anteil am Gesamt- einkommen in %	Anteil der Neben- erwerbstätigen in %
Unteres Quintil	8,2	22,5	7,9	17,5
2. Quintil	12,9	20,6	13,1	19,5
3. Quintil	17,8	17,6	17,5	17,8
4. Quintil	23,7	18,5	23,3	18,6
Oberes Quintil	37,3	20,8	38,2	26,6
Insgesamt	100	100	100	100

Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.

Tabelle 6

Zeitpräferenzen in der Haupterwerbstätigkeit und Beteiligung in der Nebenerwerbstätigkeit
in Deutschland 1997

Tatsächliche Arbeitszeit in der Haupterwerbstätigkeit im Vergleich zur gewünschten	Häufigkeit	Beteiligung in der Nebenerwerbstätigkeit		
		Frauen	Männer	Gesamt
	%	in % der jeweiligen Erwerbstätigen		
Alte Bundesländer				
größer	57,9	10,2	10,5	10,4
gleich	21,6	7,2	4,9	6,0
kleiner	20,4	12,7	9,1	10,7
Insgesamt	100	10,0	9,1	9,5
Neue Bundesländer				
größer	63,3	6,1	8,3	7,4
gleich	21,4	(2,6)	(9,0)	(5,9)
kleiner	15,3	(7,0)	(5,9)	(6,5)
Insgesamt	100	5,4	8,2	6,9

() Angabe beruht auf weniger als 30 Beobachtungen in der Stichprobe.
Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.

Nebenerwerbstätigkeit. Erwerbstätige, deren tatsächliche Arbeitszeit mit der gewünschten übereinstimmt, sind mit 6 % deutlich unterdurchschnittlich als Nebenerwerbstätige aktiv. Dagegen ist in den alten Bundesländern fast jeder neunte „Einkommenspräferent“ nebenerwerbstätig. Der Beschränkung der Arbeitszeit im Hauptberuf wird also durch Nebenerwerbstätigkeit begegnet. Überraschend ist, daß auch die Nebenerwerbsquote der „Freizeitpräferenten“ mit gut 10 % deutlich über dem Durchschnitt liegt. Hier kann der Wunsch nach einer verringerten Arbeitszeit im Hauptberuf unter anderem mit dem Bedürfnis erklärt werden, mehr Zeit für einen Nebenberuf zu haben, der größere persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bietet.⁷

Nicht nur die Beschränkung der vereinbarten Arbeitszeit, also die mangelnde flexible Gestaltung der Arbeitszeit im Hauptberuf, sondern auch die unterschiedlichen Möglichkeiten, Überstunden zu leisten, setzen Anreize zur Aufnahme einer Nebenerwerbstätigkeit.

Erwerbstätige, die im Hauptberuf keine Überstunden erbringen, sind in den alten Bundesländern mit einer Quote von 7,5 % nur unterdurchschnittlich in der Nebenerwerbstätigkeit aktiv (Tabelle 7). Dagegen sind Erwerbstätige, die angeben, im Hauptberuf Überstunden zu leisten, mit rund 11 % überdurchschnittlich in einem Nebenjob tätig.

Je nachdem, wie die Überstunden abgegolten werden, zeigen sich aber deutliche Unterschiede. Bei Erwerbstätigen, denen die Überstunden bezahlt werden, liegt der Anteil der Nebentätigen mit 7,4 % deutlich unter dem Durchschnitt aller Erwerbstätigen. Damit läßt sich auch

erklären, daß Angestellte und Beamte im Durchschnitt häufiger nebenerwerbstätig sind als Arbeiter (Tabelle 1), die eher auf die Möglichkeit bezahlter Überstunden zurückgreifen können.⁸

In den letzten Jahren ist der Anteil der bezahlten Überstunden jedoch zurückgegangen, während der Überstundenausgleich in Form von Arbeitszeitkonten zugenommen hat.⁹ Überstunden können also zunehmend durch Freizeitausgleich an ganzen Tagen „abgefeiert“ werden. Zwar kann dann das Einkommen nicht mehr direkt durch Überstunden aufge bessert werden, doch schafft der flexible Freizeitausgleich zusätzliche Freiräume für eine Nebenerwerbstätigkeit. Fast 13 % aller Erwerbstätigen, denen diese Möglichkeit geboten wird, nutzen dies für eine Nebentätigkeit, während nur 8,4 % der Erwerbstätigen ne bentätig sind, die geleistete Mehrarbeit stundenweise „abfeiern“ müssen.

Diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeit mit dem Ziel, die tatsächli-

⁷ Ein empirischer Beleg dafür findet sich bei Johannes Schwarze, 1991, a.a.O.

⁸ Vgl. auch: Kaum Beschäftigungseffekte durch Abbau von Überstunden. Bearb.: Markus Pannenberg und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/99. Die Zunahme „unbezahlter“ Überstunden könnte eine Erklärung für den Anstieg der Nebenerwerbstätigkeit sein. Von 1986 bis heute hat die Nebenerwerbsquote um über einen Prozentpunkt zugenommen. Vgl. dazu: Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland nimmt zu — Zur Frage der Versicherungspflicht, a.a.O.

⁹ Vgl.: Kaum Beschäftigungseffekte durch Abbau von Überstunden, a.a.O.

Tabelle 7

**Überstunden in der Haupterwerbstätigkeit und Beteiligung
in der Nebenerwerbstätigkeit in Deutschland 1997**
Anteil in % der jeweiligen Erwerbstätigen

Überstunden in der Haupterwerbstätigkeit	Beteiligung in der Nebenerwerbstätigkeit		
	Frauen	Männer	Gesamt
Alte Bundesländer			
Überstunden werden nicht geleistet	7,3	7,7	7,5
Überstunden werden geleistet	12,0	10,2	10,9
Ausgleich durch Freizeit	10,8	11,6	11,2
in Stunden	5,9	11,7	8,4
in Tagen	15,3	10,8	12,7
Bezahlung	7,5	7,4	7,4
Keine Abgeltung	10,4	10,3	10,4
Neue Bundesländer			
Überstunden werden nicht geleistet	3,1	7,9	5,1
Überstunden werden geleistet	6,1	8,7	7,7
Ausgleich durch Freizeit	5,9	7,9	6,9
in Stunden	5,2	5,3	5,3
in Tagen	6,6	7,1	6,9
Bezahlung	5,1	4,4	4,6
Keine Abgeltung	6,6	12,2	9,7
Quellen: SOEP 1997; Berechnungen des DIW.			

che Arbeitszeit mehr als heute auch in ihrem Gesamtumfang variieren zu können, nicht nur die Realisierung der individuell optimalen Arbeitszeit erleichtern würde, sondern auch zu einem Rückgang der zweiten Jobs führen könnte.

Fazit

Die Einführung der Sozialversicherungspflicht für geringfügig Nebenerwerbstätige wird die Bereitschaft, einen zweiten Job auszuüben, vermutlich nicht in dem Umfang verringern, wie vor allem von Dienstleistungsunternehmen vermutet wird. Viele Erwerbstätige werden auf das Zusatzeinkommen nicht verzichten wollen, und nur wenige werden in die abgabenfreie Schwarzarbeit ausweichen

können, da dazu auch der Arbeitgeber bereit sein muß. Dies wird nur in Branchen mit großen Bargeldkassen, z. B. der Gastronomie, eine Rolle spielen.

Nur wenige Nebenerwerbstätige haben die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit im Hauptberuf entsprechend dem Umfang der Nebentätigkeit anzupassen. Dies könnte sich durch eine flexiblere Gestaltung der Gesamtarbeitszeit ändern, da sich dann Arbeitszeitwünsche und realisierbare Arbeitszeiten besser aufeinander abstimmen ließen.

Der als Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit diskutierte Abbau von Überstunden könnte zu einem Anstieg der Nebenerwerbstätigkeit führen, da viele Beschäftigte, denen die Möglichkeit zur Erbringung von Überstunden genommen wird, dann ihre Arbeitskraft in einem zweiten Job anbieten.

Zur materiellen Lage der Senioren in West- und Ostdeutschland

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1999 zum „Internationalen Jahr der Senioren“ erklärt. Sie wollen damit auf den stark zunehmenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung aufmerksam machen, der in Industrienationen und Entwicklungsländern gleichermaßen zu verzeichnen ist.¹ Das DIW hat dies zum Anlaß genommen, Daten über die Zahl der Senioren in Deutschland sowie über deren materielle Lage zusammenzutragen und im gesamtwirtschaftlichen Umfeld zu analysieren.

Die hier verwendeten Informationen entstammen der Bevölkerungsstatistik, dem Mikrozensus, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), der Sozialhilfestatistik und Statistiken der Sozialversicherungsträger. Aktuelle Daten wurden durch Fortschreibung gewonnen.

Die VGR ist unlängst umfassend revidiert worden, neue Daten zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie der angekündigte aktuelle Nachweis der Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen liegen allerdings noch nicht vor. Deshalb wird auf VGR-Ergebnisse vor der Revision zurückgegriffen.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird in fünfjährigem Abstand durchgeführt. Die jüngste EVS fand 1998 statt; davon konnten hier allerdings nur die Informationen zur Verteilung des Haus- und Grundbesitzes herangezogen werden. Die Angaben zur Verteilung des Einkommens und des Geldvermögens beziehen sich auf das Jahr 1993.

Bevölkerungsentwicklung

Im vergangenen Jahr lebten in Deutschland 82 Mill. Menschen; gegenüber 1997 war die Einwohnerzahl leicht rückläufig. In den Jahren davor hatte sie kontinuierlich zugenommen — seit 1991 um insgesamt 2 Mill. Zwar war die Zahl der Geburten alljährlich geringer als die der Todesfälle, doch hatte es in beträchtlichem Ausmaß Zuwanderungen gegeben. Bis 1995 wurden mehr als eine Million Zuzüge pro Jahr registriert, denen jeweils erheblich geringere Fortzüge gegenüberstanden. In den letzten Jahren hat sich der Bevölkerungszustrom aus dem Ausland aber deutlich verringert; die Zahl der Asylbewerber ging nach der Neuregelung des Aufnahmeverfahrens zurück. In den Jahren 1997 und 1998 haben mehr Ausländer Deutschland verlassen als eingereist sind. Die Zuzüge deutschstämmiger Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nahmen in den letzten Jahren ebenfalls ab.

In der Gliederung der Bevölkerung nach dem Alter vollzogen sich strukturelle Verschiebungen. Weil die Nettoerproduktionsrate² seit längerer Zeit geringer als eins³ ist, nimmt der Anteil der „jungen“ Einwohner ab: Kinder und Jugendliche bis zu 15 Jahren stellten 1991 reichlich, 1998 nur noch knapp 16 % der Einwohner. Auch der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (hier von 15 bis unter 65 Jahren gerechnet) ist tendenziell — von 69 % auf 68 % — zurückgegangen, obwohl der Umfang dieser Gruppe in den neunziger Jahren um eine Million (+1,9 %) zugenommen hat. Demgegenüber ist die Zahl der „Senioren“

(Personen im Alter von 65 oder mehr Jahren) von 15 % auf 16 % der Einwohner gestiegen⁴ — dieser Personenkreis wuchs ebenfalls um eine Million, das war eine relative Zunahme um 8,8 %. Überdurchschnittlich hoch ist der Frauenanteil bei den Senioren. Während im vergangenen Jahr gut die Hälfte der Gesamtbevölkerung Frauen waren, machten sie 63 % der „älteren“ Einwohner aus; an den Personen im Alter von mehr als 80 Jahren waren es sogar 73 %. Hier kommt zum Ausdruck, daß die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens nach der Sterbetafel 1994/96 um 6 bis 7 Jahre höher ausfällt als die eines Jungen; die Lebenserwartung einer sechzigjährigen Frau übertrifft die eines gleichaltrigen Mannes um 4 bis 5 Jahre.⁵

¹ Vgl. Sabine Acker: Betrachtungen zum Internationalen Jahr der Senioren 1999. In: Sozialer Fortschritt, Heft 5/1999, S. 130 ff.

² Die Nettoerproduktionsrate gibt die durchschnittliche Zahl der lebend geborenen Mädchen einer Frau an. Ist sie geringer als 1, so ist die Kindergeneration schwächer besetzt als die vorausgegangene Generation.

³ Bezogen auf die Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren betrug sie 1996 in Westdeutschland 0,65 (Deutsche) bzw. 0,72 (Ausländer), in Ostdeutschland 0,45 bzw. 0,55.

⁴ Vgl. Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission: Demographischer Wandel — Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und an die Gesellschaft. Bonn, 1998, S. 113 ff.

⁵ Vgl. Bettina Sommer: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1996. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1998, S. 232 ff.

Entwicklung der Privathaushalte

Die Zahl der Privathaushalte ist von 35 Mill. (1991) auf 37 Mill. (1998) gestiegen (Tabelle 1). Diese Expansion war stärker als die Bevölkerungszunahme. Kräftig erhöht hat sich die Zahl der Ein- und Zweipersonen-Haushalte. In mehr als einem Drittel aller Haushalte lebte nur eine Person. Auch kinderlose Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende gewannen zahlenmäßig an Gewicht. Größere Haushalte jedoch haben bei rückläufiger Kinderzahl je Familie an Bedeutung verloren.

Auch in der Struktur der Haushalte nach sozioökonomischen Gruppen⁶ zeigen sich Veränderungen. Mit der „Alterung“ der Bevölkerung ging eine zahlenmäßige Expansion der Senioren-Haushalte einher; diese machten im vergangenen Jahr schon mehr als ein Drittel aller privaten Haushalte aus. Erhöht hat sich vor allem die Zahl der Rentner-Haushalte, während die der Haushalte von Beamtenpensionären bis zur Mitte der neunziger Jahre annähernd stagnierte. Zwar ist der Kreis der regulären Versorgungsempfänger ebenso wie derjenige der Rentner seit geraumer Zeit größer geworden, aber die Zahl der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in den öffentlichen Dienst übernommenen ehemaligen Beamten und deren Hinterbliebenen verliert mehr und mehr an Bedeutung.⁷ In den letzten Jahren hat nun aber auch die Zahl der Pensionärs-Haushalte deutlich zugenommen.

Die Arbeitnehmer-Haushalte haben in den neunziger Jahren aufgrund der ungünstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt an Bedeutung verloren: 1991 stellten sie 53 %, 1998 nur noch 46 % aller privaten Haushalte. Die Zahl der Selbständigen-Haushalte dagegen ist nicht unerheblich gestiegen — hier wirkte sich nicht zuletzt die stürmische Entwicklung freiberuflicher Tätigkeit⁸ in Ostdeutschland aus. Daneben haben in den neuen Ländern aber auch solche Dienstleistungsaktivitäten, bei denen der Marktzutritt leicht ist und die keine besondere Qualifikation erfordern,⁹ an Gewicht gewonnen. Den starken Zugängen in die Selbständigkeit standen allerdings beträchtliche Ab-

⁶ Die Zuordnung eines Haushalts zu einer Haushaltsgruppe wird nach den Merkmalen der Bezugsperson im Haushalt (früher als Haushaltsvorstand bezeichnet) vorgenommen — das ist in der Regel diejenige Person, die am meisten zum Haushaltseinkommen beisteuert.

⁷ Vgl. Werner Breidenstein: Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 1998. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1998, S. 999 ff.

⁸ Vgl. Reiner Wasilewski (Projektleitung), Willi Oberlander, Uli Fell, Natalie Müller (Projektbearbeitung): Freie Berufe in den neuen Bundesländern. Nürnberg 1995.

⁹ Vgl. Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/98, S. 43 ff.

Tabelle 1

Privathaushalte nach Haushaltsgruppen

Jahr	Senioren-Haushalte			Arbeit- nehmer- Haushalte	Selb- ständigen- Haushalte	Sonstige Haushalte	Privat- haushalte insgesamt
	Rentner- Haushalte	Pensionärs- Haushalte	Zusammen				
Jahresdurchschnitt in 1 000							
1991	10 138	920	11 058	18 342	2 147	3 304	34 851
1992	10 331	927	11 258	17 970	2 200	3 809	35 237
1993	10 529	926	11 455	17 695	2 255	4 398	35 803
1994	10 827	922	11 749	17 624	2 312	4 487	36 172
1995	11 140	924	12 064	17 628	2 339	4 454	36 485
1996	11 325	937	12 262	17 405	2 386	4 802	36 855
1997	11 437	953	12 390	17 071	2 417	5 152	37 030
1998	11 536	973	12 509	17 032	2 441	5 122	37 104
Struktur in %							
1991	29,1	2,6	31,7	52,6	6,2	9,5	100,0
1992	29,3	2,6	31,9	51,0	6,2	10,8	100,0
1993	29,4	2,6	32,0	49,4	6,3	12,5	100,0
1994	29,9	2,5	32,5	48,7	6,4	12,4	100,0
1995	30,5	2,5	33,1	48,3	6,4	12,2	100,0
1996	30,7	2,5	33,3	47,2	6,5	13,0	100,0
1997	30,9	2,6	33,5	46,1	6,5	13,9	100,0
1998	31,1	2,6	33,7	45,9	6,6	13,8	100,0
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.							

gänge gegenüber.¹⁰ Mehr als verdoppelt hat sich seit Anfang der neunziger Jahre die Zahl der Arbeitslosen-Haushalte. Die Zahl der Haushalte, die überwiegend von Sozialhilfe lebten, war 1998 beinahe doppelt so hoch wie 1991.

Einkommensverteilung

Durchschnittlich verfügbares Haushaltseinkommen

Einkommensvergleiche zwischen sozialen Gruppen sind nicht ohne Probleme. Primäre Einkünfte (Einkommen aus unselbständiger Arbeit, aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) haben für die Haushalte von Nichterwerbstätigen eher nachrangige Bedeutung;¹¹ diese Einkommen lassen sich nur für die Erwerbstätigen-Haushalte sinnvoll gegenüberstellen. Als Indikator für die materielle Lage der einzelnen Haushaltsgruppen eignet sich am ehesten das jeweilige verfügbare Einkommen, bei dessen Berechnung die „Querverteilung“ der Einkommensströme berücksichtigt wird; es umfaßt die um direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verminderten Primäreinkommen sowie die Transfereinkommen (Renten, Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld). Allerdings sind auch die verfügbaren Haushaltseinkommen nicht völlig vergleichbar: Selbständige finanzieren — anders als Arbeitnehmer — aus diesem Einkommen ihre Alters- und Hinterbliebenenvorsorge. Außerdem spielt die unterschiedliche soziale Sicherung von Beamten und Pensionären auf der einen sowie von nichtbeamteten Arbeitnehmern und Rentnern auf der anderen Seite eine Rolle: Beamte sind von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung befreit; sie zahlen indes in der Regel Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung, die für Angestellte und Arbeiter eher die Ausnahme sind. Im Krankheitsfall finanzieren Privatversicherte Arzt- und Krankenhausleistungen vor; die Kostenerstattung von der Versicherung und auch die Beihilfe für Beamte gehen in das verfügbare Einkommen der jeweiligen Haushalte ein. Krankenleistungen an andere Arbeitnehmer dagegen werden in der Regel zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und Arzt oder Krankenhaus direkt abgerechnet; dieser Leistungsstrom berührt das Einkommen der betreffenden Haushaltsgruppen nicht.

Im Durchschnitt belief sich das verfügbare Einkommen der Privathaushalte im Jahre 1991 auf 4330 DM monatlich; bis 1998 ist es auf 5280 DM gestiegen (oberer Teil der Tabelle 2). Auf den ersten Blick erscheinen diese Durchschnittswerte hoch, doch handelt es sich hier nicht um die Einkommen einzelner Personen, sondern um die von Haushalten, die oft von den Einkünften mehrerer Haushaltsmitglieder gespeist werden. Weiterhin ist in Rechnung zu stellen, daß Sonderzahlungen und Vermögenseinkommen gleichmäßig auf die Monate verteilt wur-

den; auch sind fiktive Mieteinnahmen für die Nutzung von Eigentümerwohnungen enthalten.

Das Durchschnittseinkommen der Rentner-Haushalte betrug im vergangenen Jahr 2590 DM je Monat, das der Haushalte von Beamtenpensionären 4090 DM. In Senioren-Haushalten ist die Kumulation mehrerer Renten nicht selten. Gegebenenfalls stocken Betriebsrenten oder Leistungen der Zusatzversorgung für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst die Sozialversicherungsrenten nicht unerheblich auf; bei weiblichen Mehrfachbeziehern treffen häufig eigene Renten und Leistungen aus der Hinterbliebenenversorgung zusammen.¹² Für die vorteilhafte materielle Position der Pensionärs-Haushalte ist ausschlaggebend, daß das Einkommensniveau der Beamten (die Grundlage für die Pensionsberechnungen) wegen deren vergleichsweise hoher Qualifikation das Einkommen der nichtbeamteten Arbeitnehmer (die Grundlage für die Rentenberechnungen) übertrifft; hier spielt nicht zuletzt der hohe Beamtenanteil im Bildungswesen eine Rolle.¹³ Hinzu kommt, daß — wie erwähnt — Erstattungen der privaten Krankenversicherung und Beihilfezahlungen in das verfügbare Einkommen der Pensionärs-Haushalte eingehen.

Hinter den Durchschnittsbeträgen steht allerdings eine beträchtliche Streuung. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 entfielen auf ein Viertel der Senioren-Haushalte nur 11 % (Westdeutschland) bzw. 15 % (Ostdeutschland), auf die Hälfte der Haushalte lediglich 28 % bzw. 34 % des jeweiligen gesamten verfügbaren Einkommens. Auf ein Zehntel der Senioren-Haushalte mit höheren Einkünften entfielen demgegenüber 25 % bzw. 20 % des Gesamteinkommens.

Das durchschnittlich verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte belief sich im vergangenen Jahr auf 5510 DM je Monat; das der Selbständigen-Haushalte lag mit 15840 DM weit über dem der anderen Haushaltsgrup-

¹⁰ Vgl. Zunehmende Selbständigkeit in Deutschland von 1990 bis 1996 – Starke Veränderungen im Bestand. Bearb.: Markus Pannenberg. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/98, S. 687 ff.

¹¹ Sie sind aber auch nicht zu vernachlässigen: Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 hatten primäre Einkünfte am Bruttoeinkommen von Haushalten mit einer Bezugsperson im Alter von 65 oder mehr Jahren einen Anteil von 28 % (Westdeutschland) bzw. 12 % (Ostdeutschland). Die von den westdeutschen Senioren-Haushalten durchschnittlich empfangenen Geldvermögenserträge waren höher als die der Arbeitnehmer-Haushalte.

¹² In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß ältere Frauen, die laufende Sozialhilfe zum Lebensunterhalt bezogen, 1991 etwa 8 %, 1997 aber „nur“ noch 6 % aller Sozialhilfeempfänger ausmachten.

¹³ Vgl. Frank Klanberg: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bezieher öffentlicher Pensionen. In: Manfred Euler und Frank Klanberg (Hrsg.): Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen. Schriften zum Bericht der Transfer-Enquete-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“, Band 2 — Teilband 2 —. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983.

Tabelle 2

Durchschnittlich verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen
in DM je Monat

Jahr	Senioren-Haushalte			Arbeit- nehmer- Haushalte	Selb- ständigen- Haushalte	Sonstige Haushalte	Privat- haushalte insgesamt
	Rentner- Haushalte	Pensionärs- Haushalte	Zusammen				
Durchschnittseinkommen je Haushalt							
1991	2 880	4 510	3 010	4 590	12 140	2 250	4 330
1992	3 110	4 780	3 240	4 970	12 330	2 480	4 610
1993	3 280	5 130	3 430	5 180	11 340	2 620	4 690
1994	3 410	5 270	3 550	5 200	12 480	2 670	4 820
1995	3 460	5 430	3 610	5 220	14 180	2 610	4 940
1996	3 590	5 730	3 760	5 370	14 470	2 720	5 080
1997	3 640	5 800	3 810	5 410	15 180	2 780	5 140
1998	3 730	5 930	3 900	5 510	15 840	2 840	5 280
Durchschnittseinkommen je Haushaltsmitglied							
1991	1 780	2 760	1 860	1 750	4 190	1 140	1 920
1992	1 910	2 930	1 990	1 890	4 310	1 230	2 040
1993	2 020	3 130	2 110	1 990	4 000	1 280	2 100
1994	2 090	3 220	2 180	2 020	4 470	1 280	2 170
1995	2 120	3 320	2 210	2 030	5 130	1 250	2 230
1996	2 200	3 480	2 300	2 110	5 280	1 310	2 320
1997	2 230	3 520	2 330	2 130	5 540	1 330	2 350
1998	2 290	3 600	2 390	2 180	5 790	1 370	2 420
Durchschnittseinkommen je Verbrauchereinheit ¹⁾							
1991	2 010	3 130	2 110	2 270	5 460	1 420	2 380
1992	2 170	3 320	2 270	2 440	5 610	1 490	2 550
1993	2 290	3 550	2 400	2 570	5 200	1 520	2 610
1994	2 370	3 650	2 470	2 600	5 790	1 580	2 690
1995	2 400	3 760	2 510	2 620	6 650	1 550	2 780
1996	2 490	3 950	2 610	2 710	6 830	1 630	2 870
1997	2 530	4 000	2 640	2 730	7 170	1 650	2 920
1998	2 590	4 090	2 710	2 790	7 490	1 700	3 000

¹⁾ Um den unterschiedlichen Bedarf der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen, wurden diese mit Äquivalenzziffern gewichtet, und zwar die Bezugsperson eines Haushalts mit dem Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied von 14 Jahren an mit 0,7 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,5.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

pen. Seit Anfang der neunziger Jahre ist der Einkommensvorsprung der Selbständigen-Haushalte größer geworden; die Gewinne sind — mit konjunkturellen Schwankungen — stärker als die übrigen Komponenten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte gestiegen. Auch wirkte sich aus, daß die Belastung der Gewinne mit Einkommensabzügen rückläufig war, während die der Löhne und Gehälter zugenommen hat. Auch nach Abzug sämtlicher Vorsorgeaufwendungen übertrifft das Haushaltseinkommen der Selbständigen das der anderen Gruppen deutlich.¹⁴

Durchschnittlich verfügbares
Äquivalenzeinkommen

Beim Vergleich der durchschnittlichen Haushaltseinkommen bleibt unberücksichtigt, daß in den einzelnen Haushaltsgruppen eine unterschiedliche Zahl von Men-

schen versorgt werden muß. In 100 Senioren-Haushalten lebten 1998 rund 163 Personen, in 100 Arbeitnehmer-Haushalte 254 Personen, in 100 Selbständigen-Haushalten 273 Personen. Aussagefähiger ist es deshalb, wenn man das verfügbare Haushaltseinkommen der einzelnen Gruppen auf die Zahl der Haushaltsmitglieder bezieht (mittlerer Teil der Tabelle 2).

Aber neben der Zahl der zu versorgenden Haushaltsmitglieder sind auch die vergleichsweise hohen Kosten der Wirtschaftsführung zu beachten, die Kleinhaushalte zu tragen haben, während größere Haushalte von einer Degression der Kosten („economies of scale in consumption“) profitieren. Für Wohnungsmiete und Haushaltsenergie etwa gaben eine alleinlebende Frau 1993 über

¹⁴ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Ersparnis und Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen. Diskussionspapiere des DIW, Nr. 187.

ein Viertel, ein Ehepaar mit mehreren Kindern nur ein Sechstel des jeweiligen Nettoeinkommens aus.

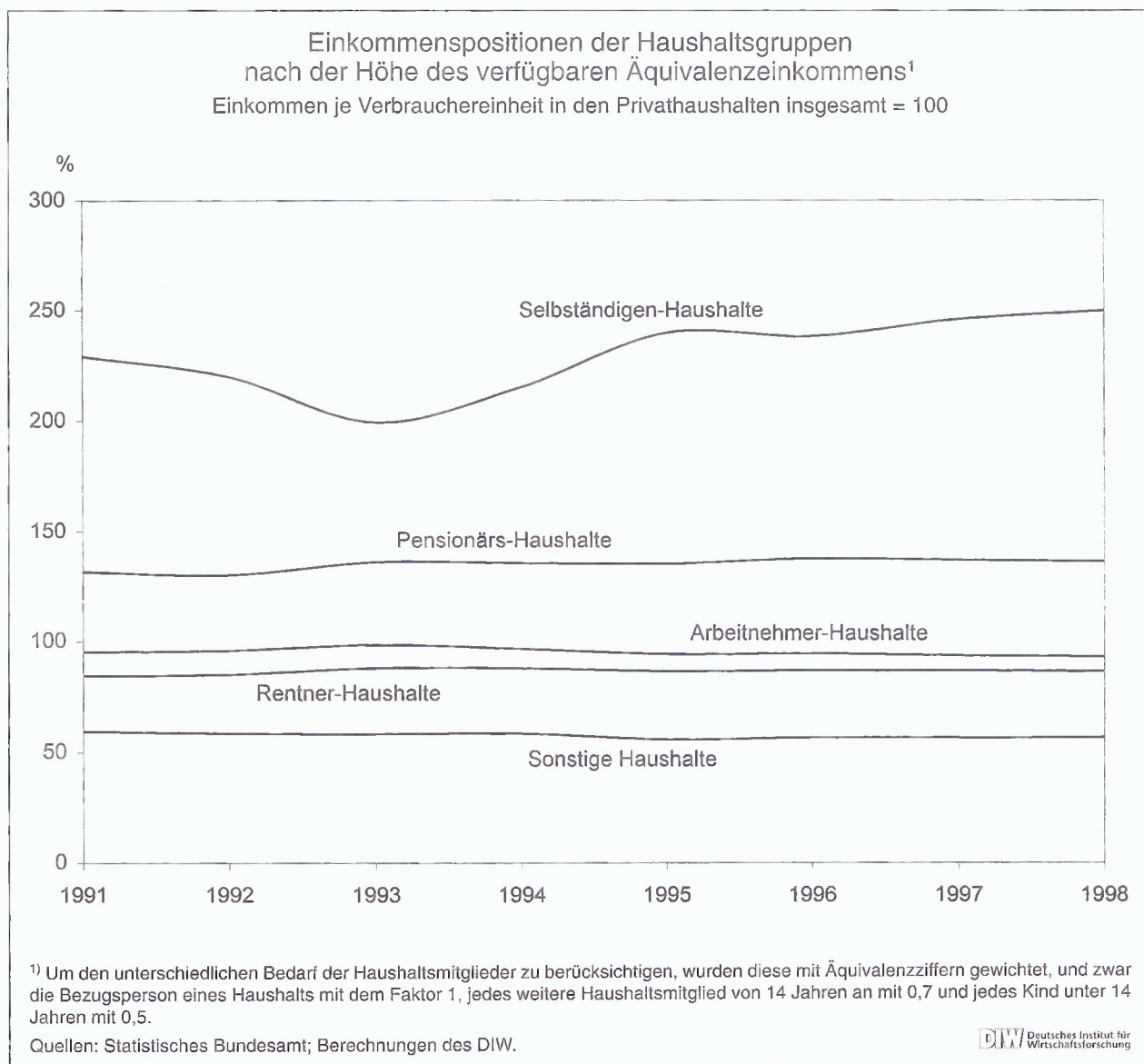
Die Kostendegression der Wirtschaftsführung, die aus der wachsenden Haushaltsgröße resultiert, wurde hier berücksichtigt, indem der Aufwand für die Lebensführung des „Haushaltsvorstands“ als Bezugsgröße des Bedarfs der weiteren Haushaltsmitglieder herangezogen und die Personen jeder Haushaltsgemeinschaft unter Verwendung einer degressiven Äquivalenzziffernskala¹⁵ in „Verbrauchereinheiten“ umgerechnet wurden. 1998 gab es 144 derartige Einheiten je 100 Senioren-Haushalte, 197 Verbrauchereinheiten je 100 Arbeitnehmer-Haushalte und 212 Verbrauchereinheiten je 100 Selbständigen-Haushalte.

Als Haushaltseinkommen je Verbrauchereinheit — auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet — wurde für das vergangene Jahr ein Betrag von 3000 DM je Monat

berechnet (unterer Teil der Tabelle 2). Das Durchschnittseinkommen der Rentner-Haushalte (2 590 DM) lag in der bedarfsbezogenen Rechnung um 14 % unter, das der Haushalte von Beamtenpensionären (4 090 DM) um 36 % über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Damit nahm das Äquivalenzeinkommen der Pensionärs-Haushalte in der „Einkommenshierarchie“ nach dem der Selbständigen-Haushalte den zweiten Platz ein.

¹⁵ Hier wurde die Äquivalenzziffernskala des Statistischen Bundesamtes verwendet, bei der die Bezugsperson eines Haushalts mit dem Faktor 1, jedes weitere Haushaltsmitglied von 14 Jahren an mit 0,7 und jedes Kind unter 14 Jahren mit 0,5 gewichtet wird. Auch andere Äquivalenzziffernskala sind gebräuchlich. Vgl. Jürgen Faik: Äquivalenzziffernskala. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1995.

Abbildung 1



Im Zeitverlauf haben sich die Äquivalenzeinkommen der Haushaltsgruppen mit Ausnahme derjenigen der Selbständigen-Haushalte weitgehend parallel entwickelt (Abbildung 1). Die bedarfsgewichteten Einkommen der Senioren hielten in ihrer Entwicklung nicht nur mit denen der Arbeitnehmer Schritt, sondern sie sind — so zeigen es die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — in den neunziger Jahren sogar etwas stärker als diese gestiegen.

Ost-West-Verhältnis der Altersrenten

Die durchschnittlich verfügbaren Altersrenten¹⁶ beliefen sich beim Inkrafttreten der von den beiden deutschen Staaten vereinbarten Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zur Jahresmitte 1990 in Westdeutschland auf monatlich 1 558 DM (Männer) bzw. 658 (Frauen), in Ost-

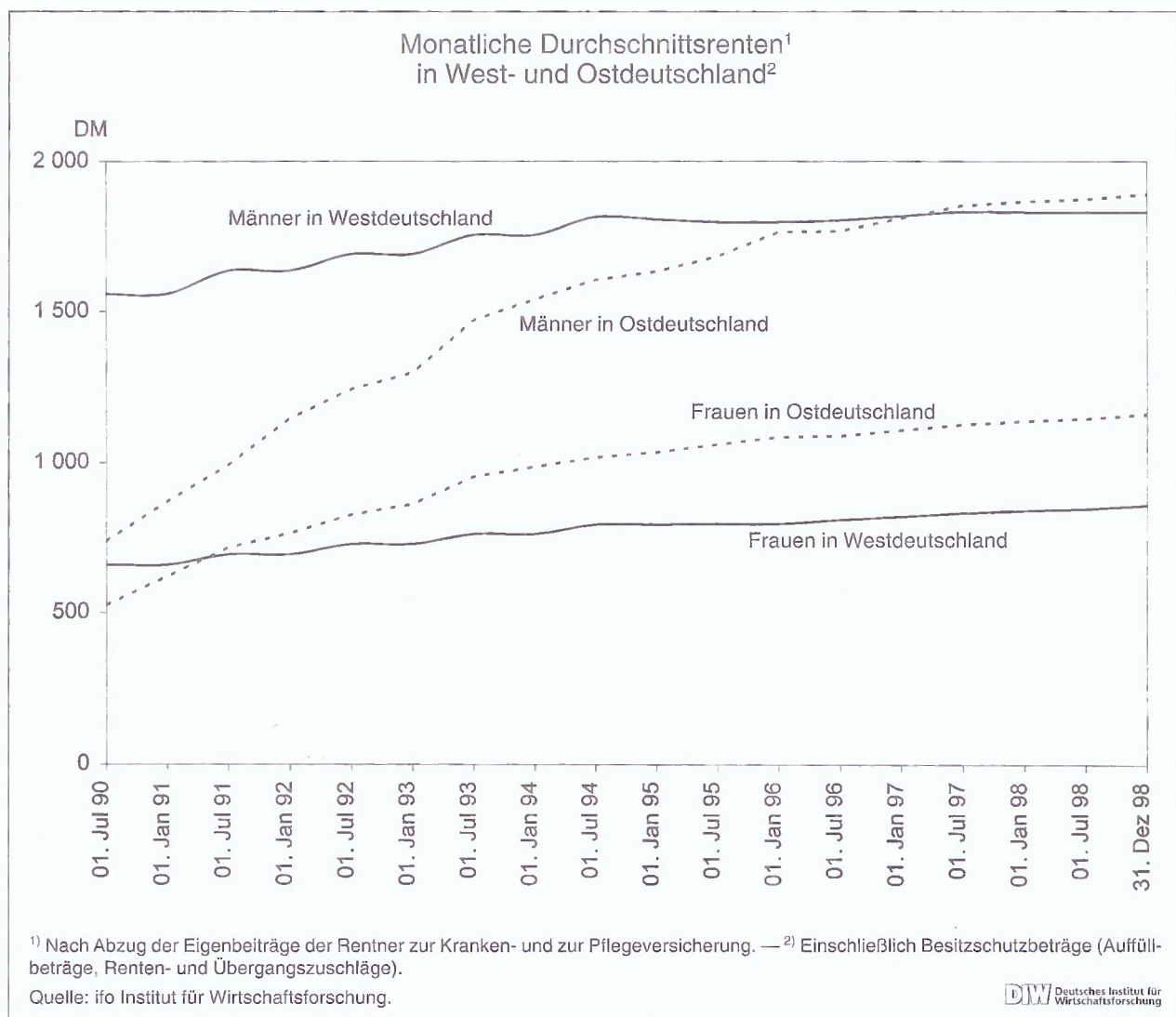
deutschland auf 739 DM bzw. 524 DM. Das Ost-West-Verhältnis bei den Renten der Männer betrug 47 %, bei den Frauen indes 80 %¹⁷ — hier wurde der westdeutsche Durchschnittswert durch die „Hausfrauenrenten“ (niedrige Renten an Frauen mit kurzer Versicherungszeit) nach unten gezogen (Abbildung 2).

Von 1991 bis 1996 sind die in den neuen Bundesländern gezahlten Renten jährlich zweimal, in den letzten Jahren — wie seit langem in Westdeutschland — jährlich einmal erhöht worden. Am Ende des vergangenen Jahres lagen die ostdeutschen Durchschnittsrenten um 3 %

¹⁶ Nach Abzug der Eigenbeiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung.

¹⁷ Vgl. Wolfgang Nierhaus: Höhere Rentenanpassung in Ostdeutschland erforderlich? In: ifo Schnelldienst, Nr. 19/99, S. 20 ff.

Abbildung 2



(Männer) bzw. 35 % (Frauen) über den westdeutschen Vergleichswerten.¹⁸ Hier wirkte sich aus, daß die Versicherungszeiten in den neuen Bundesländern im Mittel um 6 Jahre (Männer) bzw. 9 Jahre (Frauen) länger sind als im alten Bundesgebiet. Allerdings sind in den neuen Bundesländern nicht nur die Renten, sondern auch die Kosten der Lebenshaltung stärker gestiegen als in Westdeutschland. Dennoch konnten die ostdeutschen Rentner und Rentnerinnen seit 1990 eine beachtliche Zunahme ihres Realeinkommens verbuchen.

In finanzieller Hinsicht haben die Rentner in den neuen Bundesländern von der deutschen Vereinigung stärker profitiert als ostdeutsche Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz behalten oder einen neuen gefunden haben: Die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter in Ostdeutschland blieben 1998 noch um 14 % unter dem westdeutschen Vergleichsbetrag. Diese Lücke fällt allerdings geringer aus, wenn man berücksichtigt, daß die D-Mark in den neuen Bundesländern aufgrund niedrigerer Wohnungsmieten und Nahrungsmittelpreise immer noch eine höhere Kaufkraft als im alten Bundesgebiet hat.

Vermögensverteilung

Gesamtvermögen

Das Geldvermögen der privaten Haushalte ist für Ende des vergangenen Jahres auf 5,5 Bill. DM, das Immobilienvermögen auf 7,3 Bill. DM und das Gebrauchsvermögen (z.B. Möbel und Teppiche, Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Fernsehgeräte, Uhren und Schmuck) auf 1,7 Bill. DM zu beziffern. Das gesamte Bruttovermögen belief sich mithin auf 14,5 Bill. DM, je Haushalt waren das 389 000 DM.¹⁹ Das Gesamtvermögen der Senioren-Haushalte wird für Ende 1998 auf 4,4 Bill. DM (brutto) bzw. 4,1 Bill. DM (netto) geschätzt — ein immenses Erbschaftspotential. Die Durchschnittsbeträge von 351 000 DM bzw. 329 000 DM liegen nur wenig unter den Vergleichswerten für die Gesamtheit der Haushalte.

Geldvermögen

Detaillierte Informationen zur Vermögenssituation der Haushaltsgruppen findet man in den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Allerdings spiegeln die EVS-Ergebnisse den Vermögensbestand der privaten Haushalte nicht vollständig wider, weil die Haushalte mit hohem Einkommen, die wohl auch hohe Vermögen besitzen, wegen der niedrigen Fallzahl in der Stichprobe ausgeklammert werden und weil Fragen nach der Höhe des Vermögens grundsätzlich sehr „sensibel“ sind.²⁰ 1993 verfügten 97 % der westdeutschen und 98 % der ostdeutschen Haushalte über Geldvermögen (Tabelle 3).

Tabelle 3

Anteil der Haushalte mit Geldvermögen am Jahresende 1993 und der Haushalte mit Immobilienvermögen am Jahresanfang 1998 nach Altersklassen
in %

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Bruttogeld- vermögen	Immobilien- vermögen
Früheres Bundesgebiet		
unter 35	96,8	25,2
35 ... 45	96,9	51,2
45 ... 55	97,3	60,7
55 ... 65	96,8	61,8
65 oder mehr	96,0	46,5
Zusammen	96,7	47,8
Neue Länder und Berlin-Ost		
unter 35	95,8	24,6
35 ... 45	97,5	41,4
45 ... 55	98,2	44,0
55 ... 65	98,9	36,6
65 oder mehr	97,6	22,0
Zusammen	97,5	33,3
Quelle: Statistisches Bundesamt.		

Haushalte mit Sparguthaben sind in beiden Teilen Deutschlands und dort in allen Altersklassen stark vertreten. Bei anderen Anlageformen zeigt sich jedoch eine altersspezifische Differenzierung. So ist Bausparen eher für jüngere Haushalte typisch; in fortgeschrittenem Lebensalter hat man entweder den Wunsch nach Wohneigentum realisiert oder verfolgt ihn nicht mehr. Ähnliches gilt für die Geldanlage bei Versicherungen, die für „ältere“ Haushalte geringe Bedeutung hat, weil deren Lebensversicherungen gegebenenfalls schon ausgezahlt wurden. Auch Wertpapierbesitz ist bei Senioren-Haushalten weniger häufig als bei „jüngeren“ Haushalten.

Der typische Zyklus der Geldvermögensbildung wird an den altersspezifischen Durchschnittsbeträgen deutlich: Bis zum mittleren Lebensalter baut man zumeist einen Vermögensstock auf, in fortgeschrittenem Alter wird die-

¹⁸ Weil das Beitragsaufkommen in den neuen Ländern nicht ausreicht, um die in der Rentenversicherung erforderlichen Leistungen allein zu finanzieren, sind nicht unbeträchtliche Zuweisungen aus dem alten Bundesgebiet notwendig. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Materialband zum Sozialbudget 1997, S. 331.

¹⁹ Vgl. Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/99, S. 559 ff.

²⁰ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Gutachten des DIW im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Beiträge zur Strukturfor- schung, Heft 173/1998.

ser dann abgeschmolzen (Abbildung 3). Doch mit 57 900 DM (Westdeutschland) bzw. 19 700 DM (Ostdeutschland) verfügten 1993 auch die „älteren“ Haushalte über ein durchschnittliches Bruttogeldvermögen, das nicht allzu stark hinter den für alle Haushalte berechneten Durchschnittsbeträgen (65 300 DM bzw. 23 400 DM) zurückblieb (Tabelle 4).

Die Streuung ist auch beim Geldvermögen beträchtlich (Tabelle 5): Für ein Drittel der Senioren-Haushalte blieb das Bruttogeldvermögen im Jahre 1993 unter 16 000 DM (Westdeutschland) bzw. 9 000 DM (Ostdeutschland), für die Hälfte unter 30 000 DM bzw. 14 000 DM. Demgegenüber besaßen 15 % der westdeutschen, allerdings nur 1 % der ostdeutschen Senioren-Haushalte ein Geldver-

Abbildung 3

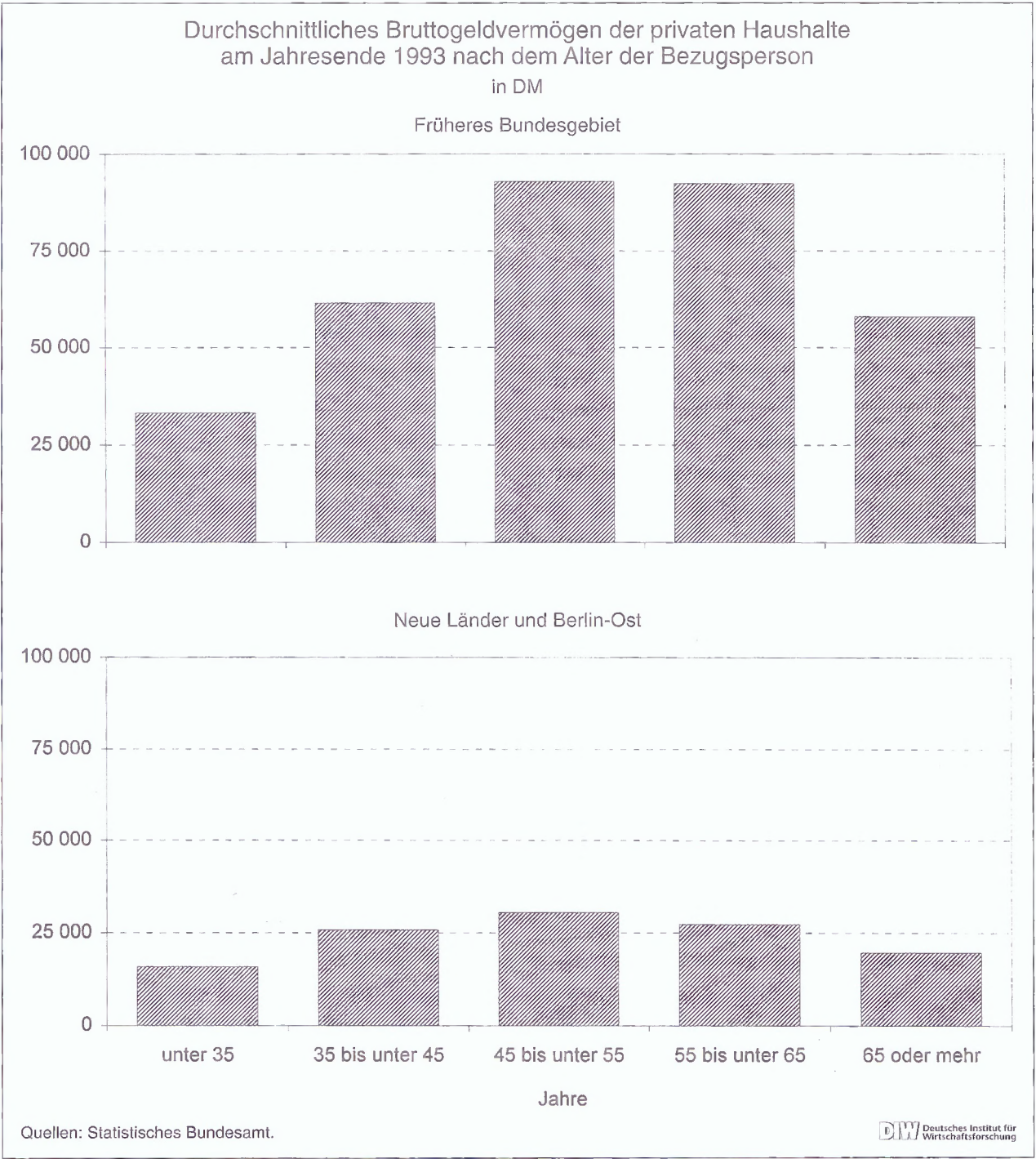


Tabelle 4

Durchschnittliches Geldvermögen der privaten Haushalte
am Jahresende 1993 und durchschnittliches
Immobilienvermögen am Jahresende 1998
nach Altersklassen
in DM

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Bruttogeld- vermögen	Immobilien- vermögen ¹⁾
Früheres Bundesgebiet		
unter 35	33 200	374 700
35 ... 45	61 400	476 100
45 ... 55	92 900	522 200
55 ... 65	92 400	510 600
65 oder mehr	57 900	410 000
Zusammen	65 300	467 100
Neue Länder und Berlin-Ost		
unter 35	15 900	247 200
35 ... 45	25 800	271 700
45 ... 55	30 500	248 300
55 ... 65	37 300	208 200
65 oder mehr	19 700	149 500
Zusammen	23 400	231 300
¹⁾ Verkehrswerte. Quelle: Statistisches Bundesamt.		

mögen von mehr als 100 000 DM; auf diese Haushalte konzentrierten sich 55 % bzw. 10 % des jeweiligen gesamten Geldvermögensbestandes der Senioren-Haushalte.

Angesichts des vergleichsweise niedrigen Vermögensniveaus in Ostdeutschland wird dort häufig die Meinung vertreten, bei der Währungsumstellung im Sommer 1990 hätte man einen Teil des Geldvermögens eingebüßt. Eine solche Argumentation geht indes am Sachverhalt vorbei. Die Währungsumstellung hat den ostdeutschen Sparern vielmehr die Möglichkeit gegeben, ihre Geldanlagen in eine „harte“ und international gefragte Währung umzutauschen, und zwar zu Sätzen, die den Wert der DDR-Währung weit überstiegen. Auch diejenigen, deren Ersparnisse damals nicht vollständig im Verhältnis 1 : 1 von DDR-Mark auf D-Mark umgestellt wurden, haben gewonnen und nicht verloren.

Immobilienvermögen

Haus- und Grundbesitz ist in Deutschland weniger verbreitet als Geldvermögen. Doch immerhin verfügten 1998 knapp 48 % der westdeutschen und 33 % der ostdeutschen Haushalte über Immobilieneigentum. Von den Senioren-Haushalten waren 1998 im alten Bundesgebiet 47 %, in den neuen Ländern 20 % Eigentümer von Immobilien. Wie beim Geldvermögen nimmt der Anteil der

Haushalte mit Grundvermögen bis zum mittleren Lebensalter der Bezugspersonen zu; danach geht er zurück (Abbildung 4).

Im Durchschnitt hatte der Haus- und Grundbesitz der westdeutschen Haushalte 1998 einen Verkehrswert von 467 000 DM, das der ostdeutschen Haushalte einen von 231 000 DM, also nur halb so viel wie in den alten Bundesländern. Hier wirkte sich nicht zuletzt aus, daß der Anteil der vor 1948 errichteten Wohngebäude in den neuen Ländern erheblich höher (65 %) als im alten Bundesgebiet (30 %) ist.²¹ Aber auch wegen der niedrigeren Grundstückspreise, der geringeren Wohnfläche in Eigenheimen und der wesentlich stärker als in Westdeutschland verbreiteten Wochenendhäuser auf Gartenland („Datschen“) ist der durchschnittliche Verkehrswert des Immobilienvermögens in den neuen Ländern kleiner als im alten Bundesgebiet. Für das Immobilienvermögen der Senioren-Haushalte wurden durchschnittliche Verkehrswerte von 410 000 DM (Westdeutschland) bzw. 149 000 DM (Ostdeutschland) berechnet. Hier war das Ost-West-Verhältnis niedriger als bei den „jüngeren“ Haushalten; das Immobilienvermögen der Senioren-Haushalte in den neuen Ländern bestand zu 32 %, das der entsprechenden Haushalte im alten Bundesgebiet aber nur zu 17 % aus geerbtem Haus- und Grundbesitz.

Die Verteilung des Grundeigentums streut ebenfalls erheblich (Tabelle 6). Für ein Drittel der westdeutschen Senioren-Haushalte mit Immobilienvermögen hatte dieses einen Verkehrswert von höchstens 263 000 DM, für ein Drittel der entsprechenden Haushalte in Ostdeutschland einen solchen von maximal 82 000 DM. Für die Hälfte der Haushalte blieb der Haus- und Grundbesitz unter 346 000 DM bzw. 124 000 DM. Etwa 5 % der westdeutschen Senioren-Haushalte besaßen ein Immobilienvermögen von einer Million DM oder mehr; auf diese Haushalte konzentrierten sich 20 % des gesamten Haus- und Grundvermögens.

Fazit

Das durchschnittlich verfügbare Äquivalenzeinkommen der Senioren-Haushalte, bei dessen Berechnung sämtliche Einkommensarten und Einkommensabzüge sowie Haushaltsgröße und Haushaltszusammensetzung berücksichtigt werden, lag 1998 mit 2710 DM je Monat lediglich um 3 % unter dem der Arbeitnehmer-Haushalte (2790 DM). Dabei war die Einkommensposition der Pensionärs-Haushalte (4090 DM) deutlich besser als die der Haushalte von Sozialversicherungsrentnern (2590 DM).

²¹ Vgl. Stefan Bach und Bernd Bartholmai: Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1998, S. 773 ff.

Tabelle 5

**Schichtung der Senioren-Haushalte¹⁾ am Jahresende 1993
nach der Höhe des Bruttogeldvermögens**

Bruttogeldvermögensbestand je Haushalt mit Geldvermögen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			Bruttogeldvermögen			Durchschnittliches Bruttogeldvermögen in DM
	in 1 000	in %	in % kumuliert	in Mill. DM	in %	in % kumuliert	
Früheres Bundesgebiet							
unter 2 500	456	6,4	6,4	502	0,1	0,1	1 100
2 500 ... 5 000	450	6,3	12,7	1 616	0,4	0,5	3 600
5 000 ... 7 500	392	5,5	18,2	2 400	0,6	1,1	6 100
7 500 ... 10 000	326	4,6	22,8	2 809	0,7	1,8	8 600
10 000 ... 20 000	1 171	16,4	39,2	16 973	4,1	5,9	14 500
20 000 ... 30 000	773	10,8	50,1	19 165	4,6	10,5	24 800
30 000 ... 40 000	581	8,2	58,2	20 018	4,9	15,4	34 500
40 000 ... 50 000	542	7,6	65,8	23 931	5,8	21,2	44 200
50 000 ... 75 000	880	12,3	78,2	53 502	13,0	34,1	60 800
75 000 ... 100 000	522	7,3	85,5	44 920	10,9	45,0	86 100
100 000 ... 200 000	703	9,9	95,3	97 305	23,6	68,6	138 400
200 000 oder mehr	332	4,7	100,0	129 513	31,4	100,0	390 100
Zusammen	7 128	100,0	X	412 654	100,0	X	57 900
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 2 500	97	7,1	7,1	118	0,4	0,4	1 200
2 500 ... 5 000	122	9,0	16,1	468	1,7	2,2	3 800
5 000 ... 7 500	172	12,7	28,8	1 046	3,9	6,1	6 100
7 500 ... 10 000	111	8,2	36,9	969	3,6	9,7	8 700
10 000 ... 20 000	415	30,5	67,5	5 904	22,1	31,8	14 200
20 000 ... 30 000	205	15,1	82,6	4 963	18,5	50,3	24 200
30 000 ... 40 000	78	5,7	88,3	2 653	9,9	60,2	34 000
40 000 ... 50 000	70	5,2	93,5	3 103	11,6	71,8	44 300
50 000 ... 75 000	57	4,2	97,6	3 400	12,7	84,5	59 600
75 000 ... 100 000	17	1,3	98,9	1 413	5,3	89,8	83 100
100 000 ... 200 000	12	0,9	99,8	1 600	6,0	95,8	133 300
200 000 oder mehr	3	0,2	100,0	1 132	4,2	100,0	377 300
Zusammen	1 359	100,0	X	26 769	100,0	X	19 700

¹⁾ Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 65 oder mehr Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Das Gesamtgeldvermögen der Senioren-Haushalte (Geld-, Immobilien- und Gebrauchsvermögen) wird für Ende 1998 auf 4,4 Bill. DM (brutto) bzw. 4,1 Bill. DM (netto) geschätzt.

Im Jahre 1993 besaßen 96 % der westdeutschen und 98 % der ostdeutschen Senioren-Haushalte Geldvermögen. Im Durchschnitt betrug es im alten Bundesgebiet 57 900 DM (93 % des Durchschnittsbetrages der Arbeitnehmer-Haushalte), in den neuen Bundesländern 19 700 DM (78 % des Durchschnittsbetrages der Arbeitnehmer-Haushalte). Im Jahre 1998 verfügten 48 % der westdeutschen und 33 % der ostdeutschen Senioren-Haushalte über Haus- und Grundbesitz im Verkehrswert von durchschnittlich 410 000 DM (94 % des Durchschnittsbetrages

der westdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte) bzw. 149 000 DM (62 % des Durchschnittsbetrages der ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte).

Hinter allen genannten Durchschnitten steht eine beträchtliche Streuung. So entfielen 1993 auf die Hälfte der Senioren-Haushalte nur 10 % (Westdeutschland) bzw. 19 % (Ostdeutschland) des jeweiligen Geldvermögens sowie 1998 knapp 27 % bzw. gut 20 % des Immobilienvermögens.

Alles in allem kann man die materielle Lage der Senioren-Haushalte in Deutschland als günstig bezeichnen. Es gibt zwar nach wie vor noch arme Senioren, doch verliert ihre Zahl an Bedeutung.

Abbildung 4

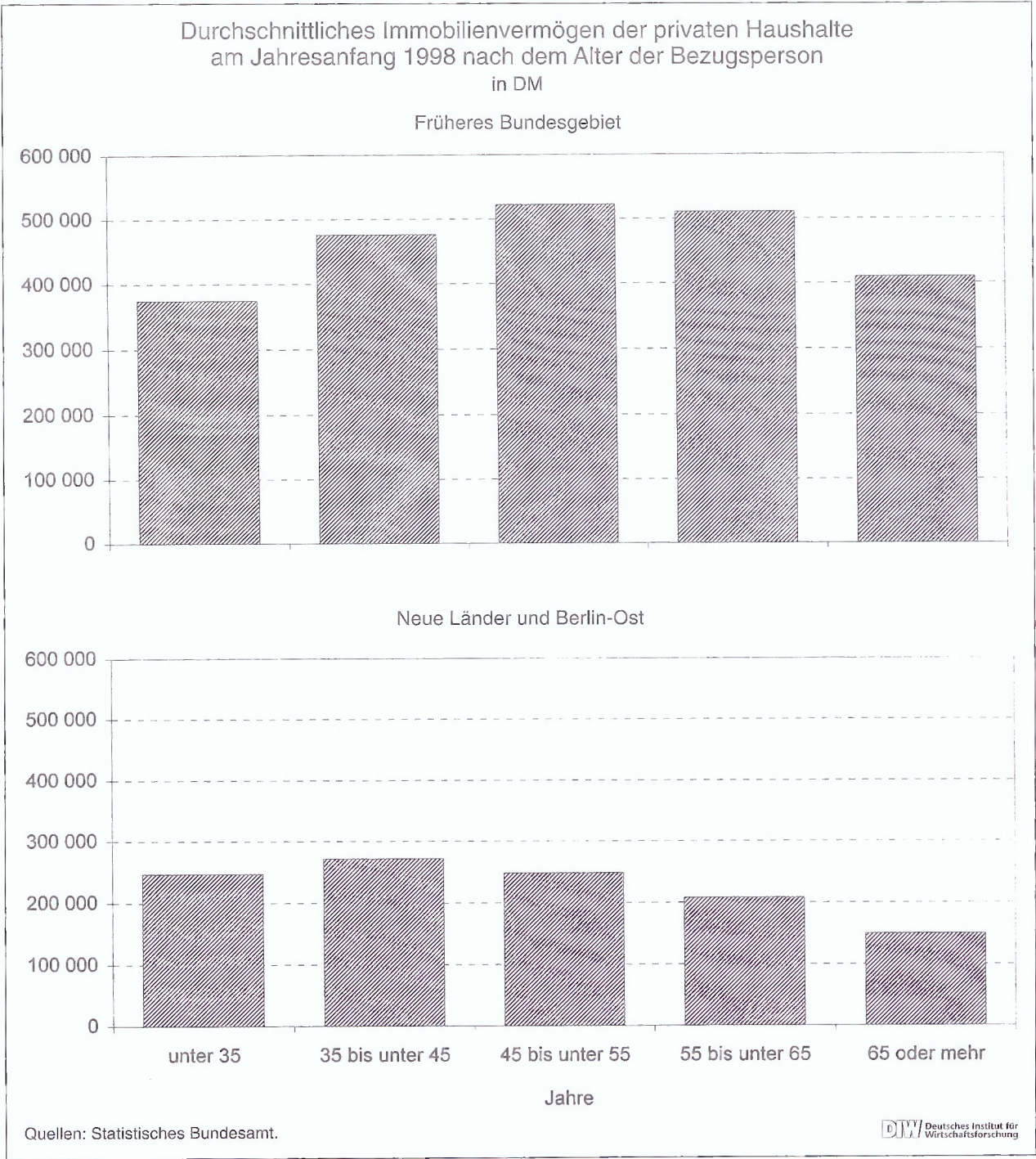


Tabelle 6

Schichtung der Senioren-Haushalte¹⁾ am Jahresanfang 1998
nach der Höhe des Immobilienvermögens

Verkehrswert je Haushalt mit Immobilienvermögen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte			Bruttogeldvermögen			Durchschnittliches Immobilienvermögen in DM
	in 1 000	in %	in % kumuliert	in Mill. DM	in %	in % kumuliert	
Früheres Bundesgebiet							
unter 60 000	42	1,3	1,3	1 145	0,1	0,1	27 300
60 000 ... 140 000	186	5,8	7,1	20 222	1,5	1,6	108 700
140 000 ... 210 000	493	15,4	22,6	87 518	6,7	8,3	177 500
210 000 ... 280 000	455	14,2	36,8	110 529	8,4	16,7	242 900
280 000 ... 350 000	445	13,9	50,7	137 203	10,5	27,2	308 300
350 000 ... 420 000	564	17,6	68,3	210 783	16,1	43,3	373 700
420 000 ... 560 000	456	14,3	82,6	214 652	16,4	59,7	470 700
560 000 ... 700 000	183	5,7	88,3	110 111	8,4	68,1	601 700
700 000 ... 1 Mill.	208	6,5	94,8	162 538	12,4	80,5	781 400
1 Mill. oder mehr	165	5,2	100,0	256 197	19,5	100,0	1 552 700
Zusammen	3 197	100,0	X	1 310 898	100,0	X	410 000
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 60 000	82	24,6	24,6	1 993	4,0	4,0	24 300
60 000 ... 140 000	106	31,8	56,5	10 257	20,6	24,6	96 800
140 000 ... 210 000	59	17,7	74,2	9 943	20,0	44,6	168 500
210 000 ... 280 000	36	10,8	85,0	8 476	17,0	61,6	235 400
280 000 ... 350 000	20	6,0	91,0	6 047	12,1	73,8	302 400
350 000 ... 420 000	18	5,4	96,4	6 647	13,4	87,1	369 300
420 000 ... 560 000	7	2,1	98,5	3 250	6,5	93,6	464 300
560 000 ... 700 000	4	1,2	99,7	2 386	4,8	98,4	596 500
700 000 ... 1 Mill.	1	0,3	100,0	779	1,6	100,0	779 000
1 Mill. oder mehr	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	333	100,0	X	49 778	100,0	X	149 500

¹⁾ Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 65 oder mehr Jahren.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultze. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehdnol. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultze, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultze, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röller, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen ToepeI. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen ToepeI. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,

Wolfram Schrettli, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Rückgang der Nebenerwerbstätigkeit durch Einführung der Sozialversicherungspflicht wird überschätzt.

Bearbeitet von Johannes Schwarze und Guido Heineck. —

Zur materiellen Lage der Senioren in West- und Ostdeutschland.

Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
					Insgesamt		Inland		Ausland									
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	4258		331		102,6		96,5		113,5		103,5		102,1		103,0		98,0	
F	4260	4260	332	329	103,6	103,4	98,0	97,5	113,8	114,0	106,0	105,3	101,2	101,6	103,2	103,2	100,3	99,1
M	4263		325		103,9		97,9		114,7		106,4		101,6		103,4		99,1	
A	4311		319		105,3		98,4		117,6		106,4		105,9		103,3		97,8	
M	4375	4366	320	321	104,9	105,4	98,5	98,5	116,5	117,8	106,9	107,4	104,4	104,9	103,1	103,8	96,8	97,2
J	4412		325		106,0		98,6		119,4		108,9		104,5		104,9		96,9	
J	4445		331		106,4		99,2		119,3		109,4		105,2		103,9		96,4	
A	4477	4473	338	337	107,5	107,5	99,1	99,3	122,5	122,3	109,3	109,6	108,6	108,0	103,2	104,1	95,6	96,1
S	4499		345		108,7		99,5		125,2		110,2		110,3		105,1		96,3	
O	4508		353		109,4		101,2		124,3		111,7		110,3		104,3		97,4	
N	4492	4492	367	366	109,8	109,9	101,8	101,6	124,0	124,7	112,5	112,1	110,3	110,9	103,6	104,3	98,0	97,9
D	4478		378		110,4		101,9		125,7		112,0		112,2		105,1		98,3	
1998 J	4432		382		111,2		103,8		124,5		112,3		114,1		106,6		96,2	
F	4421	4422	391	392	111,6	111,6	104,1	104,0	124,9	125,2	112,4	112,2	114,5	114,9	108,1	107,8	96,9	96,5
M	4414		404		111,9		104,0		126,1		111,9		116,0		108,7		96,4	
A	4376		418		109,9		102,4		123,6		111,0		111,8		109,1		95,0	
M	4315	4320	432	428	111,5	110,5	103,7	102,7	125,6	124,5	112,0	111,1	114,8	113,2	109,1	108,4	96,1	96,5
J	4270		436		110,0		102,1		124,3		110,3		113,0		106,9		98,4	
J	4233		438		110,1		103,1		122,8		109,3		114,0		109,8		97,6	
A	4200	4197	442	440	109,2	109,6	102,9	103,1	120,6	121,4	109,4	109,4	111,4	112,7	109,0	109,4	98,0	96,7
S	4158		441		109,6		103,3		120,9		109,5		112,8		109,5		94,5	
O	4118		439		107,9		100,9		120,5		107,2		111,1		109,5		93,4	
N	4112	4118	434	434	107,9	107,8	101,0	100,6	120,3	120,8	107,1	107,3	110,6	110,5	112,1	110,8	93,5	93,0
D	4125		429		107,6		99,9		121,5		107,6		109,9		110,9		92,2	
1999 J	4078		444		107,3		99,9		120,7		108,5		107,5		109,7		94,7	
F	4072	4074	450	448	107,4	107,2	98,8	99,3	122,9	121,5	107,3	108,5	109,8	107,8	109,6	109,1	92,3	92,9
M	4073		452		106,8		99,1		120,8		109,6		106,0		107,9		91,7	
A	4089		453		111,1		102,3		126,9		112,4		112,9		109,3		97,1	
M	4110	4107	446	447	107,9	110,0	99,5	101,2	122,8	125,7	109,3	111,0	108,7	111,9	107,9	109,9	94,3	93,8
J	4125		443		111,0		101,7		127,5		111,4		114,2		112,6		90,0	
J	4125		449		111,2		100,9		129,7		114,4		110,8		109,6		94,3	
A	4132		451															
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

DEUTSCHLAND

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

	Beschäftigte im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1997 J	6481		101,7		103,2		102,5		100,8		87,4		100,7		68,6		60,1	
F	6466	6464	102,7	102,4	103,2	103,0	100,5	100,5	101,4	101,3	95,7	92,3	98,5	99,1	70,7	212,0	62,5	185,8
M	6448		102,8		102,5		98,4		101,8		93,8		98,1		72,7		63,2	
A	6434		103,5		104,5		103,8		99,6		91,8		99,8		69,3		60,1	
M	6419	6421	102,9	103,9	103,5	105,0	98,2	101,9	100,9	100,5	88,0	89,9	98,9	99,7	73,8	217,5	65,9	189,2
J	6411		105,4		107,0		103,8		100,9		89,9		100,3		74,4		63,3	
J	6401		105,8		106,6		104,9		101,0		89,8		98,7		74,4		65,2	
A	6393	6394	104,6	105,4	105,3	106,3	99,3	102,3	100,9	100,9	88,1	89,1	97,3	98,5	75,8	228,6	66,1	197,7
S	6389		105,7		106,9		102,6		100,9		89,4		99,4		78,3		66,4	
O	6390		106,8		107,7		101,3		101,8		89,8		100,3		76,6		67,4	
N	6389	6388	107,5	107,4	108,3	108,1	104,0	103,1	101,7	101,8	90,2	89,7	97,4	99,0	78,2	234,6	68,6	202,3
D	6386		108,0		108,4		104,0		101,8		89,0		99,2		79,7		66,4	
1998 J	6389		108,5		110,0		104,1		101,7		91,7		99,6		80,0		70,4	
F	6390	6392	109,4	109,4	112,2	112,5	107,0	107,0	100,4	100,7	89,7	89,8	99,5	99,4	80,0	239,1	68,8	207,4
M	6397		110,3		115,2		109,9		100,1		88,0		99,1		79,2		68,2	
A	6405		109,3		112,0		105,8		101,8		85,6		99,8		82,3		71,9	
M	6406	6406	111,1	109,9	114,7	112,8	110,5	107,6	101,6	101,5	88,5	86,9	100,1	99,5	80,1	242,6	66,7	209,2
J	6408		109,2		111,6		106,5		101,0		86,7		98,5		80,1		70,6	
J	6414		109,9		114,1		107,9		101,1		87,2		100,7		80,1		68,9	
A	6417	6415	110,5	110,1	114,6	114,1	110,6	109,6	100,8	100,8	87,5	86,9	100,2	100,2	79,2	236,4	68,7	205,5
S	6416		109,8		113,5		110,2		100,5		86,1		99,8		77,2		67,9	
O	6410		109,9		114,9		112,7		99,7		85,5		98,6		79,1		67,8	
N	6406	6406	109,1	109,2	113,8	114,4	108,5	109,9	100,0	99,9	84,9	84,7	101,2	100,2	78,9	234,3	66,7	203,9
D	6404		108,6		114,6		108,6		99,9		83,6		100,8		76,3		69,5	
1999 J	6417		109,5		112,7		108,9		100,6		90,1		98,3		77,9		65,2	
F	6406	6405	108,1	108,4	110,4	110,4	108,3	107,9	101,3	101,1	83,9	86,4	99,7	100,7	78,5	234,8	67,7	201,1
M	6394		107,6		108,1		106,5		101,3		85,3		104,2		78,4		68,1	
A	6372		109,9		112,9		109,4		101,4		86,9		98,2		80,2		68,6	
M	6365	6364	106,4	108,2	109,0	111,1	107,2	108,8	98,7	100,1	83,0	84,6	98,0	99,1	78,2	239,4	71,2	208,2
J	6356		108,2		111,3		109,7		100,2		84,0		101,0		81,0		68,5	
J			107,6		108,8		107,0		100,7		82,7				81,9		69,9	
A																		
S																		
O																		
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt.